



## **Bürgerkrieg in Syrien: Trotz Kampf gegen ISIS den Schutz der Bevölkerung nicht vergessen!**

*Der Vormarsch des sog. „Islamischen Staats“ (ISIS) im Irak und die Luftschläge der USA und ihrer Verbündeten gegen die islamistischen Extremisten beherrschen die Berichterstattung über den Nahen Osten. Der seit Jahren andauernde Bürgerkrieg in Syrien und seine Opfer verschwinden hingegen aus der öffentlichen Wahrnehmung. Angesichts der systematischen Gräueltaten des Assad-Regimes wäre es kurzsichtig und gefährlich, die westliche Syrienpolitik allein auf den Kampf gegen ISIS zu verkürzen. Vielmehr ist ein umfassenderer Ansatz nötig, der insbesondere dem Schutz der Zivilbevölkerung größere Bedeutung beimisst. Auf Basis von Experteninterviews skizziert der vorliegende Policy Brief konkrete Maßnahmen, mit denen das Leid der syrischen Bevölkerung gemindert werden könnte. Die vollständigen Interviews sind diesem Policy Brief als Dokumentation beigelegt.*

Mit mehr als 191.000 Toten und 9,5 Millionen Vertriebenen hat sich der Bürgerkrieg in Syrien zu einer humanitären Katastrophe entwickelt, die inzwischen den gesamten Nahen Osten destabilisiert. Ein früheres entschlossenes Eingreifen der internationalen Gemeinschaft hätte nicht nur hunderttausenden Zivilisten das Leben gerettet, sondern auch die zunehmende Radikalisierung und Brutalisierung der Konfliktparteien verhindern können. Aufgrund der russischen und chinesischen Blockade des UN Sicherheitsrats wurden die Vereinten Nationen jedoch ihrer Aufgabe zur Bewahrung des Weltfriedens und des Schutzes der Zivilbevölkerung nicht gerecht. Inzwischen konnte der sogenannte Islamische Staat (ISIS) in Folge der Eskalation des Bürgerkriegs durch das Assad-Regime und durch Unterstützung islamistischer Geldgeber außerhalb Syriens zu einem der Hauptakteure des inzwischen grenzüberschreitenden Syrienkonflikts heranwachsen. Jedoch hat auch die mangelnde Bereitschaft des Westens, eine weitere Eskalation des syrischen Bürgerkriegs mit allen notwendigen Mitteln zu verhindern, ebenfalls zur Entstehung des Nährbodens für ISIS beigetragen. Eine entschlossene Reaktion auf die systematischen Menschenrechtsverletzungen des Assad-Regimes zu Anfang des Konflikts hätte eine Eskalation, wie sie heute zu beobachten ist, wahrscheinlich verhindert und Gruppen wie ISIS den Boden entzogen. Nun liegt es an der internationalen Gemeinschaft, die Folgen ihrer eigenen Untätigkeit zu korrigieren, indem sie vor den noch immer anhaltenden Massenverbrechen nicht länger die Augen verschließt.

### **Keine Verengung der Syrienpolitik auf ISIS**

Der internationale Kampf gegen den Vormarsch des ISIS im Nordirak und in Syrien lässt die dramatische humanitäre Situation der Zivilbevölkerung in den Hintergrund rücken. Die derzeit zu beobachtende Tendenz, den Bürgerkrieg in Syrien nur noch durch die Brille eines Kampfes gegen islamistische Gruppierungen wie ISIS oder Al-Nusra zu betrachten, ist jedoch eine gefährliche Verengung. Die unter dem

Konflikt leidende Zivilbevölkerung muss besser vor Gewalt geschützt und moderate Kräfte gestärkt werden, wenn Syrien nicht unwiderruflich zu einem gescheiterten Staat wie Somalia werden soll. Solange unschuldige Zivilisten Opfer systematischer Massaker werden, bleibt eine diplomatische Lösung illusorisch. Durch die derzeit stattfindenden Militäraktionen steht der Konflikt in Syrien zwar wieder stärker im Augenmerk der internationalen Öffentlichkeit. Diese Aufmerksamkeit und Dynamik sollte jedoch von politischer Seite auch dazu genutzt werden, um über den Kampf gegen ISIS hinaus den Schutz der Zivilbevölkerung in ganz Syrien zu einer Priorität des internationalen Engagements zu machen. Folgende Handlungsoptionen sollten hierbei geprüft werden:

### **1) Diplomatische Bemühungen ausbauen**

Trotz des Scheiterns aller bisheriger Friedensbemühungen sollten erneute Gesprächsfäden zwischen den Konfliktparteien gesponnen werden. Hier müssen auch die Unterstützer des Regimes – allen voran Russland und Iran – sowie die Unterstützer der verschiedenen Rebellengruppen – Katar, Saudi Arabien, die Türkei und die USA – miteinbezogen werden. Das derzeit verhandelte Nuklearabkommen mit dem Iran sowie die indirekte Kooperation der USA und Irans im Konflikt mit ISIS könnten eine Chance für Verhandlungen über die Zukunft Syriens darstellen. Gleichzeitig sollte mit Russland und China über eine Überweisung der Causa an den Internationalen Strafgerichtshof verhandelt werden, um die Konfliktparteien von weiteren Gräueltaten abzuschrecken. Nicht nur angesichts glaubwürdiger, dem UN Sicherheitsrat vorliegender Belege, dass zehntausende Oppositioneller auf Weisung des Assad-Regimes zu Tode gefoltert wurden, ist eine Amnestie oder gar Kooperation mit Assad ausgeschlossen.

### **2) Luftangriffe auf Zivilisten unterbinden**

Die Zivilbevölkerung Syriens leidet in hohem Maße unter Angriffen aus der Luft. Ein besonders grau-



sames und nicht zwischen Zivilisten und Kombattanten unterscheidendes Mittel der Kriegsführung ist der Einsatz von Benzin- und Chlorgasbomben durch das syrische Regime gegen von Rebellen gehaltene Wohngebiete. Die internationale Gemeinschaft sollte nicht hinnehmen, dass die syrische Luftwaffe grundlegende Normen des Völkerrechts kontinuierlich und ungestraft bricht. Sollte die Regierung in Damaskus weiterhin solche eindeutig völkerrechtswidrigen Angriffe fliegen, sollte ein Weg gefunden werden, die bereits heute im Kampf gegen ISIS befindlichen Luftstreitkräfte zur Unterbindung weiterer Attacken auf die Zivilbevölkerung zu nutzen. Zudem sollte Deutschland seine internationale Reputation im Bereich der Rüstungskontrolle nutzen, um eine Ächtung von Benzin- und Chlorgasbomben zu erreichen. Die genannten Waffen müssen in die Bemühungen der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) zur Vernichtung der syrischen Chemiewaffen mit einbezogen werden.

### 3) Lokalen Wiederaufbau unterstützen

In den von moderaten Rebellen der Freien Syrischen Armee befreiten Gebieten muss der wirtschaftliche Wiederaufbau stärker unterstützt werden. Eine Motivation für Kämpfer, sich extremen Islamisten anzuschließen, ist schließlich auch finanzieller Natur. Insbesondere ISIS verfügt über erhebliche finanzielle Mittel. So kann die Gruppe ihren Kämpfern einen vergleichsweise hohen Sold zahlen und ihnen zudem im Todesfall die Versorgung der zurückgelassenen Familie zusagen. Aufbauhilfen in Gebieten, in denen keine Kampfhandlungen mehr stattfinden, wären eine große Hilfe, der Bevölkerung eine Versorgung aus eigener Kraft und außerhalb der Kriegsführung auf Seiten der Islamisten zu ermöglichen. Für einen Wiederaufbau sollte das Augenmerk zudem auf die Förderung lokaler Waffenstillstandsabkommen gelegt werden. Dialogforen, wie sie zum Beispiel vom Genfer Centre for Humanitarian Dialogue vorangebracht werden, können Vertreter verschiedener ethnischer, religiöser, politischer und sozialer Gruppen zusammenbringen und das Potential für Racheakte und ethnische Konflikte verringern.

### 4) Hilfe für Flüchtlinge und Anrainer stärken

Das UN-Büro für die Koordination humanitärer Hilfe beziffert die notwendigen Mittel für die humanitäre Hilfe in Syrien und in den Nachbarländern auf insgesamt sechs Milliarden US-Dollar für 2014. Bisher wurden nur 2,4 Milliarden US-Dollar bereitgestellt; 60% der notwendigen Finanzmittel fehlen noch. Die UN muss daher inzwischen die Nahrungsmittelrationen kürzen. Zwar hat sich Deutschland bisher bereit erklärt, 25.500 Syrer aufzunehmen und humanitäre Hilfsmaßnahmen in Syrien finan-

ziell zu unterstützen. Dennoch gibt es keinen Zweifel, dass eine Ausweitung der Hilfen für Syrien und die Nachbarländer dringend notwendig ist. Hierbei handelt es sich nicht nur um klassische humanitäre Hilfe, sondern auch um Unterstützung zur Stabilisierung der Nachbarstaaten. So gab es bereits gewaltsame Zwischenfälle im Libanon. Auch in der Türkei steht die lokale Bevölkerung der schieren Masse an Flüchtlingen zunehmend skeptisch gegenüber. Der Libanon hat inzwischen die Grenze für weitere Flüchtlinge geschlossen. Dies sind Warnzeichen, auf die man jetzt reagieren sollte, bevor Skepsis in offene - und deutlich schwieriger zu bewältigende - Konflikte umschlägt. Vor diesem Hintergrund sollten die Anrainerstaaten bei der Bereitstellung humanitärer Hilfe sowie der Herstellung eines friedlichen Umfelds um die Flüchtlingslager herum unterstützt werden. Zudem bedarf gerade der Gesundheits- und Bildungssektor der Aufnahmeländer stärkerer Unterstützung, wenn man verhindern will, dass die derzeitige Generation von Kindern und Jugendlichen auf Grund mangelnder Bildung und schlechter Versorgung vollkommen perspektivlos aufwächst. So ließen sich durch eine verantwortungsbewusste Vorsorge die langfristigen negativen Konsequenzen dämpfen, die der Bürgerkrieg in den kommenden Dekaden zweifellos haben wird. Die EU sollte daher deutlich mehr Flüchtlinge aufnehmen, als dies bisher der Fall ist.

Alle Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen haben sich im Jahr 2005 mit dem Beschluss der Responsibility to Protect dazu verpflichtet, ihre Bevölkerungen vor Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und ethnischen Säuberungen zu schützen. Sollte eine Regierung zum Schutz der Zivilbevölkerung nicht willens oder fähig sein, hat die internationale Gemeinschaft die Verantwortung zum Schutz der Bevölkerung. Angesichts der schweren und systematischen Menschenrechtsverletzungen in Syrien ist es Zeit, dass die Weltgemeinschaft ihren Worten Taten folgen lässt und die Verantwortlichen zur Rechenschaft zieht. Je länger die internationale Gemeinschaft einer weiteren Brutalisierung tatenlos zusieht, desto schwieriger und teurer wird ein späterer Wiederaufbau werden. Eine Perspektive für Syrien kann nur dann entstehen, wenn der Kampf gegen ISIS mit einem effektiveren Schutz der Zivilbevölkerung überall in Syrien einhergeht und systematische Menschenrechtsverbrechen bestraft werden.

**Gregor Hofmann**, stellv. Vorsitzender von Genocide Alert  
**Dr. Robert Schütte**, Vorsitzender von Genocide Alert

*Genocide Alert e.V., Oktober 2014  
Postfach 080423 | 10004 Berlin  
Kontakt: [info@genocide-alert.de](mailto:info@genocide-alert.de)  
ViSdP Dr. Robert Schütte*



## **Dokumentation: Experteninterviews zum Krieg in Syrien**

- **Dr. Simon Adams**, Executive Director des Global Centre for the Responsibility to Protect in New York
- **Petra Becker**, Wissenschaftlerin in der Forschungsgruppe Naher / Mittlerer Osten und Afrika an der Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
- **Andrea Böhm**, Büroleiterin Naher und Mittlerer Osten der Wochenzeitung DIE ZEIT
- **Bernd Eberl**, Diplomat und von 2009 bis 2013 deutscher Botschafter im Iran und zuvor in Irak
- **Dr. Bente Scheller**, Direktorin des Middle East Office Beirut der Heinrich-Böll-Stiftung
- **Dr. Bruno Schoch**, Wissenschaftler beim Leibniz Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung und langjähriger Mitherausgeber des Friedensgutachtens



## Wie weiter in Syrien? Eine Interviewreihe von Genocide Alert

*Wie kann die Zivilbevölkerung in Syrien besser geschützt werden? Was sind konkrete Maßnahmen, die jetzt ergriffen werden können? Der andauernde Bürgerkrieg gefährdet weiterhin das Leben zahlloser Zivilisten. Eine erneute Diskussion über konkrete Möglichkeiten zum Schutz der syrischen Zivilbevölkerung ist wichtiger denn je. Genocide Alert hat hierzu mit sechs Expertinnen und Experten zu Syrien gesprochen. Die Interviews wurden zwischen Juli und August 2014 auf Deutsch und Englisch geführt. Die von den Befragten genannten Vorschläge reichen von grenzüberschreitender Hilfe für Binnenvertriebene und zwischen den Konfliktparteien eingeschlossene Zivilisten, über eine Überweisung des Falls zum Internationalen Gerichtshof bis hin zur Einrichtung einer Flugverbotszone.*

---

### Wie weiter in Syrien, Herr Adams?



**Dr. Simon Adams,**  
Executive Director des  
Global Centre for the  
Responsibility to Protect in  
New York

**Genocide Alert:** Mr. Adams, how is it possible, that peaceful protests escalated into such a cruel civil war?

**Simon Adams:** The Syrian government created the monster it said it most feared. By shutting down all space for peaceful protest and using deadly force against demonstrators it sowed the seeds of civil war. Despite the extreme violence deployed against the peaceful protest movement it still took some months for an armed opposition to emerge. But once it did, the course was set for a very bitter, and increasingly sectarian, armed conflict.

**Genocide Alert:** Which options for action have not found appropriate attention so far by the transnational and international community?

**Simon Adams:** It is not so much a case where there are undervalued options that have failed to receive appropriate attention. It is more of a situation where there is a very bloody and bitter civil war where armed protagonists on all sides are still utterly convinced that they can shoot their way to victory. What is needed is an arms embargo, ICC referral, UN sanctions, cross-border assistance to besieged and displaced civilians, and concerted diplomatic pressure by those who are arming and abetting the conflict to bring all sides to the negotiating table. But a divided UN Security Council,

constrained by the vetoes of two permanent members, has made the conflict worse, not better.

**Genocide Alert:** What are the three most important measures to be taken right now in order to protect civilians in Syria?

**Simon Adams:** 1. Urgent and unrestricted cross-border humanitarian assistance to IDPs and besieged populations. 2. Referral of the situation to the ICC.

---

### Wie weiter in Syrien, Frau Becker?



**Petra Becker,**  
Wissenschaftlerin in der  
Forschungsgruppe Naher /  
Mittlerer Osten und Afrika  
an der Stiftung Wissen-  
schaft und Politik, Berlin

**Genocide Alert:** Frau Becker, wie konnten die friedlichen Proteste in Syrien zu einem solch grausamen Bürgerkrieg eskalieren?

**Petra Becker:** Die Brutalität, mit der das Regime die Proteste von Anfang an unterdrückt hat, hat die Bewegung nach wenigen Monaten in die Militarisierung getrieben. Kein anderer Staat im Kontext des Arabischen Frühlings war in der Gewaltanwendung gegen seine Bürger so maßlos: Demonstranten wurden erschossen; Verletzte in Krankenhäusern liquidiert; Mediziner, die Demonstranten zu versorgen wagten, verhaftet und gefoltert; aufständische Orte dem Erdboden gleichgemacht; Krankenhäuser, Schulen und

---



Wohnhäuser bombardiert; Menschen systematisch ausgehungert; Hunderttausende brutal gefoltert, Tausende davon bis zum Tod. Das hat die Regimegegner zu der Erkenntnis getrieben, dass man diesem Terrorregime mit friedlichen Mitteln nicht beikommen kann.

Gleichzeitig gibt es aber noch Gewalt auf einer subtileren Ebene: staatliche syrische Medien und solche, die dem Regime freundlich gesonnen sind, diffamieren bis heute friedliche Aktivisten als Terroristen und verhindern so erfolgreich eine Solidarisierung der Weltgemeinschaft mit den Opfern.

Gleichzeitig hat das Regime den Konflikt von Beginn an als eine Aggression des sunnitischen Pöbels dargestellt, dessen Ziel es sei, die Macht an sich zu reißen und sich an den Bevölkerungsgruppen zu rächen, auf die sich das Regime in mehr als vierzig Jahren Diktatur gestützt hat – allen voran den Alawiten, aber auch an anderen Minderheiten sowie einem Teil der sunnitischen Bourgeoisie. Damit hat er sich die Unterstützung weiterer Teile dieser Bevölkerungsgruppen gesichert. Die Tatsache, dass er auch bei der Niederschlagung des Aufstandes überwiegend auf Rekruten und Milizionäre aus diesen Bevölkerungsgruppen gesetzt hat, schürt ihre Angst vor einem Fall des Regimes noch weiter. Inzwischen haben bei Seiten – Militär und regimetreue Milizen einerseits und Rebellengruppen andererseits das Gefühl, dass es um ihr blankes Überleben geht. Töten oder getötet werden. Eine Verhandlungslösung ist für sie weder sichtbar noch innerhalb ihrer Reichweite.

**Genocide Alert:** Welche Handlungsmöglichkeiten wurden Ihrer Meinung nach bislang zu wenig in Betracht gezogen?

**Petra Becker:** Es gibt eine Forderung, die seit drei Jahren auf dem Tisch liegt, aber nie ernsthaft in Betracht gezogen wurde, und das ist die Einrichtung einer Flugverbotszone. Ich weiß, dass bisher der politische Wille dazu fehlte. Trotzdem glaube ich, dass dies die einzige erfolgversprechende Maßnahme im Kampf gegen den Dschihadismus ist.

**Genocide Alert:** Was sind die drei dringendsten Maßnahmen, die die internationale Gemeinschaft unmittelbar zum Schutz von Zivilisten in Syrien ergreifen kann?

**Petra Becker:** Erstens: Eine Flugverbotszone. Zweitens: Grenzüberschreitende Humanitäre Hilfe. Drittens: Gehälter und Ausbildung für Polizei- und Sicherheitskräfte in den Rebellengebieten.

Wenn man erreicht, dass Menschen in den Rebellengebieten mit Lebensmitteln und Medikamenten versorgt werden, das Bombardement aufhört und die Sicherheitslage sich verbessert, dann kann wieder Alltag einkehren, Menschen können sich um ihre Familien kümmern, mit dem Wiederaufbau beginnen und ihre Kinder wieder zur Schule schicken. Zurzeit ist die humanitäre Lage so prekär, dass die Menschen sich gezwungen sehen, jede sich bietende Einkommensquelle zu nutzen – und sei es der Sold, den ISIS seinen Kämpfern zahlt. Mittelfristig würde die Stabilisierung der Rebellengebiete auch die Flüchtlinge, die in den Nachbarländern in großem Elend leben, zu einer Rückkehr ermutigen und so die Nachbarländer entlasten.

---

## Wie weiter in Syrien, Frau Böhm?



**Andrea Böhm,**  
Büroleiterin Naher und  
Mittlerer Osten der  
Wochezeitung DIE ZEIT

**Genocide Alert:** Frau Böhm, wie konnten die friedlichen Proteste in Syrien zu einem solch grausamen Bürgerkrieg eskalieren?

**Andrea Böhm:** Die Hauptverantwortung an der Eskalation trägt das Regime von Baschar al-Assad, das von Beginn an mit Gewalt auf die Proteste reagiert hat. Mitverantwortlich sind Russland und Iran, die wichtigsten Unterstützer und Waffenlieferanten Assads. Und einen Teil der Schuld tragen natürlich auch Rebellengruppen und deren Unterstützer – von den USA über Saudi-Arabien bis zur Türkei.

Die Spirale der Eskalation war von dem Punkt an nicht mehr aufzuhalten, an dem Finanziern und Unterstützern der Kampfparteien Syrien zum Schauplatz eines Stellvertreterkrieges gemacht haben. In Syrien wurde ja nicht, wie viele glaube, zu wenig interveniert, sondern zu viel. Regionale Machtinteressen zwischen Saudi-Arabien, Katar, der Türkei und Iran sowie ein neuer Ost-West-Konflikt zwischen Russland, den USA und Europa haben die Konfliktursachen und die Anliegen der





Protestbewegung völlig in den Hintergrund gedrängt – und die Eskalation durch meist unkoordinierte Waffenlieferungen vorangetrieben.

**Genocide Alert:** Welche Handlungsmöglichkeiten wurden Ihrer Meinung nach bislang zu wenig in Betracht gezogen?

**Andrea Böhm:** Große „Friedenskonferenzen“ – ob sie nun Genf 1, Genf 2 oder Genf 3 – heißen, sind bis auf weiteres aussichtslos. Erfolgversprechender scheint es, lokale Waffenstillstandsabkommen zu fördern, und Vertretern verschiedener politischer und gesellschaftlicher Gruppen kleine Dialogforen anzubieten. Vermittler wie die des Genfer Centre for Humanitarian Dialogue können momentan vielleicht mehr ausrichten als Sondergesandte der UN.

Außerdem wurde sträflich versäumt, Gebiete, die nicht mehr unter Kontrolle des Regimes stehen, mit Geldmitteln, kleinen Infrastrukturprojekten, Wasser- und Stromversorgung zu stabilisieren.

**Genocide Alert:** Was sind die drei dringendsten Maßnahmen, die die internationale Gemeinschaft unmittelbar zum Schutz von Zivilisten in Syrien ergreifen kann?

**Andrea Böhm:** Allen Vorsätzen und Versprechen zum Trotz haben internationale Staatengemeinschaft und der UN-Sicherheitsrat nicht einmal Wege gefunden (oder finden wollen), die humanitäre Katastrophe innerhalb Syriens einzudämmen. Der UN-Sicherheitsrat ist bis auf Weiteres blockiert, also muss jetzt notfalls gegen den Willen Russlands und gegen den erklärten Willen des Regimes Hilfe in Gebiete gebracht werden, die unter Kontrolle des Regimes stehen. Das geschieht bereits in Ansätzen, muss aber massiv ausgeweitet werden – auch wenn es aufgrund der volatilen Situation ein extrem schwieriges Unterfangen ist.

Zweitens müssen Stabilisierungsmaßnahmen für die Nachbarländer und ihre Flüchtlingsbevölkerung aufgelegt und/oder vorangetrieben werden – allen voran für den Libanon und Jordanien. Drittens müssen westliche Länder, allen voran die europäischen, mehr Flüchtlinge aufnehmen und gerechter verteilen. Soll heißen: die Dublin-Regelungen müssen außer Kraft gesetzt und durch einen Verteiler-Schlüssel ersetzt werden.

## Wie weiter in Syrien, Herr Erbel?



**Botschafter Bernd Erbel,**  
Diplomat und von 2009 bis  
2013 deutscher  
Botschafter im Iran und  
zuvor in Irak

**Genocide Alert:** Herr Erbel, wie konnten die friedlichen Proteste in Syrien zu einem solch grausamen Bürgerkrieg eskalieren?

**Bernd Erbel:** Die im März 2011 einsetzenden zivilen Proteste, auf die die Regierung mit großer Härte reagierte, eskalierten schon nach wenigen Monaten zum bewaffneten Konflikt, der zunehmend von Interventionen ausländischer Interessengruppen überlagert wurde. Oppositionelle syrische Kräfte, die ein demokratisches (und ungeteiltes) Syrien anstrebten, wurden dadurch marginalisiert. Der Konflikt stellte damit immer weniger einen „Bürgerkrieg“, als vielmehr einen Stellvertreterkrieg dar, der die Verschiebung der Allianzen in der Region anstrebte.

**Genocide Alert:** Welche Handlungsmöglichkeiten wurden Ihrer Meinung nach bislang zu wenig in Betracht gezogen?

**Bernd Erbel:** Wichtigste Handlungsmöglichkeiten wären die Verhinderung und später der Entzug externer Unterstützung (Kämpfer, Waffen, Geld, einschließlich der Ermöglichung des Transits) für die in Syrien kämpfenden Parteien gewesen.

**Genocide Alert:** Was sind die drei dringendsten Maßnahmen, die die internationale Gemeinschaft unmittelbar zum Schutz von Zivilisten in Syrien ergreifen kann?

**Bernd Erbel:** Zum Schutz von Zivilisten in Syrien selbst kann die internationale Gemeinschaft im Wesentlichen nur durch politische Einflussnahme im Sinne der zur zweiten Frage genannten Maßnahmen beitragen. Hilfe vor Ort ist nur sehr eingeschränkt umsetzbar, sollte aber wo immer möglich erfolgen und fortgesetzt werden. Indirekte Hilfe kann durch Unterstützung der Hauptaufnahmeländer für syrische Flüchtlinge, Libanon und Jordanien, erfolgen.



## Wie weiter in Syrien, Frau Scheller?



**Dr. Bente Scheller,**  
Direktorin des Middle East  
Office Beirut der Heinrich-  
Böll-Stiftung

**Genocide Alert:** Frau Scheller, wie konnten die friedlichen Proteste in Syrien zu einem solch grausamen Bürgerkrieg eskalieren?

**Bente Scheller:** Das syrische Regime hat den Konflikt von Anfang an nicht als eine politische sondern als eine Sicherheitsfrage begriffen. Deswegen hat es keinen Dialog gesucht oder ernsthafte Reformen in Angriff genommen, sondern allein auf eine Niederschlagung der Proteste gesetzt. Von Anfang an haben Regime-Vertreter an den Orten ihrer Verheerung den Slogan „Assad oder wir brennen das Land nieder“ auf Mauern und Wände gesprüht, und keinen Zweifel daran gelassen, dass sie bereit sind, dies umzusetzen.

Angesichts der fruchtlosen internationalen Lösungsansätze und der Hartleibigkeit des Regimes haben sich Teile der Opposition zunächst zum Schutz der Demonstranten bewaffnet, dann aber auch den Kampf gegen das Regime aufgenommen. Assad weiß, dass er am längeren Hebel sitzt – was die militärische Ausstattung aber auch die massive und kritiklose Unterstützung durch seine Verbündeten Russland und Iran betrifft. Im Gegensatz dazu muss die Opposition sich mit völlig unterschiedlichen Interessen ihrer Angehörigen und Unterstützer auseinandersetzen und bleibt fragmentiert. Westliche Staaten waren immer schon zögerlich, sie zu unterstützen. Insofern spielt das Regime international erfolgreich auf Zeit, um innenpolitisch in aller Seelenruhe den Krieg gegen die syrische Bevölkerung weiterzuführen, egal, um welchen Preis.

**Genocide Alert:** Welche Handlungsmöglichkeiten wurden Ihrer Meinung nach bislang zu wenig in Betracht gezogen?

**Bente Scheller:** Ich halte es für einen Fehler, dass schon in den ersten Momenten der Revolution im Lichte der Libyen-Erfahrung ganz klar kommuniziert wurde, dass es keine Flugverbotszone und keine militärische Intervention geben würde. Jedes

Mal, wenn dies erneut unterstrichen wurde, sehen wir eine deutliche Eskalation der Gewalt, zunächst im Herbst 2012, als Präsident Obama die „Rote Linie“ verkündete und somit nur den Gebrauch von Chemiewaffen ahndungswürdig erscheinen ließ. In direkter Folge hat Human Rights Watch dokumentiert, wie überall im Lande Luftangriffe auf diejenigen, die vor Bäckereien um Brot anstanden geflogen wurden, und wie auch mehr Streubomben eingesetzt wurden. Im Herbst 2013, als durch die Einigung bezüglich der Chemiewaffen klar war, dass es keine Intervention geben würde, war ebenfalls ein deutlich brutaleres Vorgehen zu beobachten, in diesem Fall durch den flächendeckenden Einsatz von Fassbomben. Das im pazifistischen Sinne gut gemeinte hat sich hier in Syrien in umso mehr Gewalt umgesetzt. Jenseits der militärischen Optionen bin ich mir nicht sicher, ob diplomatisch alle Wege insbesondere für Gespräche mit Iran und Russland ausgelotet worden sind.

**Genocide Alert:** Was sind die drei dringendsten Maßnahmen, die die internationale Gemeinschaft unmittelbar zum Schutz von Zivilisten in Syrien ergreifen kann?

**Bente Scheller:** Wer Zivilisten schützen will: die meisten sterben weiterhin durch Luftangriffe. Alles, was die Luftwaffe am Boden hält, wäre daher die wichtigste Maßnahme im Sinne der Bevölkerung und um die Flüchtlingsströme einzudämmen. Solange nicht mit aller Ernsthaftigkeit und allem Druck an einer politischen Lösung des Konfliktes gearbeitet wird, doktern alle Maßnahmen nur an den Symptomen herum und helfen einigen wenigen, während es für den Großteil der Menschen immer schlimmer wird.

Gleichzeitig muss angesichts der Dramatik der Krise die humanitäre Hilfe aufgestockt und langfristige Hilfe für die aufnehmenden Länder in Angriff genommen werden, gerade, was deren Gesundheits- und Bildungssektor betrifft.

Drittens ist es höchste Zeit, sich Gedanken zu machen, wie man abwenden kann, dass immer mehr politische Aktivisten und Flüchtlinge in ihren jeweiligen Orten festsitzen, weil ihre Pässe ablaufen und das Regime keine neuen mehr ausstellt. Obwohl viele Staaten die oppositionelle Nationale Koalition als „legitime Vertreterin der syrischen Bevölkerung“ anerkannt haben, kann diese in diesem Punkt nicht weiterhelfen. Wir erlauben dem Regime somit, selbst über das Schicksal derer zu bestimmen, die es geschafft haben, ihm durch Flucht ins Ausland zu entkommen.



## Wie weiter in Syrien, Herr Schoch?



**Dr. Bruno Schoch,**  
Wissenschaftler beim  
Leibniz Institut Hessische  
Stiftung Friedens- und  
Konfliktforschung und  
langjähriger Mitherausgeber  
des Friedensgutachtens

**Genocide Alert:** Herr Schoch, wie konnten die friedlichen Proteste in Syrien zu einem solch grausamen Bürgerkrieg eskalieren?

**Bruno Schoch:** Das totalitäre Regime in Damaskus zeigte sich von Anfang an entschlossen, die im Zeichen des „arabischen Frühlings“ erhobenen und zunächst friedlich artikulierten Proteste und Forderungen nach Liberalisierung und Demokratisierung mit allen, wirklich allen Mitteln zu unterdrücken. Im Westen hat man unter dem Eindruck der Ereignisse in Tunesien Stärke und Handlungsfähigkeit der syrischen Opposition überschätzt und den Rückhalt für das Regime in den Sicherheitsapparaten und – aus Angst vor sunnitischen Extremismus – in Teilen der konfessionellen und ethnischen Minderheiten unterschätzt. Ebenso hat man die Risiken einer Radikalisierung des Konflikts zwischen Sunniten und Schiiten unterschätzt, ebenso wohl auch die Bereitschaft Russlands, am menschenverachtenden Regime Assads *à tout prix* festzuhalten. Das hat dazu geführt, dass westliche Politiker, allen voran die Außenministerin der USA, Assad schon früh für untragbar erklärten, ganz auf „regime change“ setzten und jede Verhandlungslösung kategorisch ausschlossen.

Zugleich versagten sie indes den gemäßigten und demokratischen Gruppen der syrischen Opposition die nötige materielle Unterstützung, wodurch diese Kräfte im fortschreitenden Bürgerkrieg zusehends marginalisiert wurden. Damit hat man mit beigetragen zur fatalen Radikalisierung und Brutalisierung der Aufständischen, von Saudi-Arabien und Qatar mit Geld und Waffen gefördert. Als die massgeblichen westlichen Mächte dann umschwenkten und auf eine politische Verhandlungslösung in Syrien setzten, war es zu spät – zu fortgeschritten war nun die im Bürgerkrieg radikalisierte Polarisierung und Konfessionalisierung der Antagonisten.

**Genocide Alert:** Welche Handlungsmöglichkeiten wurden Ihrer Meinung nach bislang zu wenig in Betracht gezogen?

**Bruno Schoch:** Diplomatische Initiativen für einen Waffenstillstand zwischen den Bürgerkriegsparteien und für politische Verhandlungen kamen zu spät. Möglicherweise hätten diplomatische Initiativen von außen mehr Erfolg gehabt, wenn die USA früher von ihrer intransigenten Iran-Politik abgerückt wären. Der Einsatz der von Teheran abhängigen Hizbollah-Milizen in Syrien hat die Hoffnung des Regimes, den Aufstand doch noch militärisch besiegen zu können, gestärkt.

Und was die Europäer angeht, so haben sie die Tragweite und Folgen des von US-Präsident Obama verkündeten „pivots“ in den pazifischen Raum bisher verschlafen. Das Lamentieren über den Rückgang der weltpolitischen Gestaltungsmacht der USA hilft nichts, künftig sind mehr eigene politisch-diplomatische Initiative der Europäer zur Stabilisierung des Maghrebs und des Mittleren Osten gefragt.

**Genocide Alert:** Was sind die drei dringendsten Maßnahmen, die die internationale Gemeinschaft unmittelbar zum Schutz von Zivilisten in Syrien ergreifen kann?

**Bruno Schoch:** Vorrangiges Ziel scheint mir die Beendigung des Bürgerkrieges. Diplomatischen Initiativen scheint im Augenblick wenig Erfolg beschieden, nachdem selbst der erfahrene Vermittler Lakhdar Brahimi sein UN-Verhandlungsmandat wegen Aussichtslosigkeit aufgegeben hat; gleichwohl muss man weiterhin alles in diese Richtung versuchen. Möglicherweise kann der Umweg über eine – nach dem Interimsabkommen zum Nuklearprogramm Teherans nicht mehr gänzlich ausgeschlossene – veränderte Iran-Politik eine neue Hoffnungsperspektive für politische Verhandlungen in Syrien eröffnen. Zum zweiten ist zu prüfen, wie sich Chlorgas- und Benzinbomben in die international überwachte Abrüstung der syrischen Chemiewaffen einbeziehen lassen. Schließlich muss die humanitäre Hilfe für die Flüchtlinge – inzwischen sind es der UNO zufolge mehr als neun Millionen Menschen – in den Nachbarstaaten, aber auch in Syrien selber massiv verstärkt werden. Wir haben die beschämende Aufnahmebereitschaft Deutschlands für syrische Flüchtlinge im „Friedensgutachten“ angeprangert. Inzwischen stösst auch der Bundespräsident in dasselbe Horn.